

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/41. Jahrgang

Januar 2010

Schutzgebühr: 0.30 E

"Kostendeckend" auf den Friedhof

Defizit-Haushalt verabschiedet

Am 17. 12. wurde der Gießener Haushalt 2010 mit einem Rekorddefizit von 38 Millionen Euro von der CDU/Grüne/FDP-Koalition verabschiedet. Insgesamt hat die Stadt inzwischen fast 200 Millionen Euro Schulden und damit mit 2750 Euro pro Einwohner die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung in Hessen; allein 7 Millionen Euro müssen jährlich an Zinsen an die Banken bezahlt werden.

Die Verabschiedung dieses desaströsen Haushalts, der vom Regierungspräsidenten genehmigt werden muß, war nur möglich bei gleichzeitiger Vorlage eines „Haushaltssicherungskonzepts“.

In ihm sind potentielle Sparmaßnahmen enthalten, aber keine Ansätze

für zusätzliche Einnahmen – von einer geplanten Erhöhung der Parkgebühren, die in Gießen bereits extrem hoch sind, abgesehen. Dagegen sollen u.a. alle freiwillige Leistungen, das sind z.B. Zuschüsse an Vereine, Initiativen und der Gießen-Paß, „überprüft“ und die „Personalkosten“ reduziert werden. Dazu wurde eine sofortige Stellenbesetzungssperre, die auch für Vertretungen gilt, beschlossen. Weiterer Personalabbau wird „geprüft“.

„Reihengrab wird Luxusware“

So kommentierte der Vorsitzende der Linksfraktion, Michael Janitzki, die drastische Erhöhung der Friedhofsgebühren. Bestimmte Gräber werden um 300 bis 500 % teurer; das 2stellige Urnengrab (zur Zeit 537 Euro) soll ab

(Fortsetzung auf Seite 3)



Inhalt:

Klimagipfel/Echo im Museum	S.2
Nordstadt/Mieter-Erfolg/Transparenz	S.3
Hartz-IV: Antrag stellen/Nachtflugverbot	S.4
Das Kartenhaus/Kreis-Personal	S.5
Honduras-Putsch/Kapitalismus-Nein	S.6
Leserbriefe/Buchtip	S.7
Afghanistan/Jemen/Veranstaltungen	S.8

Schweinegrippe: Das Volk ließ sich nicht impfen „Jackpot“ für die Pharma-Lobby

Trotz aller Panikmache und Medienkampagnen haben sich bisher nur etwa 5% der Bevölkerung impfen lassen. Realität und Propaganda driften immer weiter auseinander: Die BRD und andere Länder haben weit mehr Impfdosen geordert, als sie benötigen. Sie versuchen daher, Bestellungen zu stornieren oder Wirkstoffe an andere Staaten zu verramschen. Das bundeseigene Robert-Koch-Institut rief noch im Januar allen Rücknahmeverhandlungen zum Trotz dazu auf, sich doch bitte immunisieren zu lassen.

Um die Schweinegrippe zur „Pandemie“ erklären zu können, hat die Welt-

gesundheitsbehörde (WHO) eigens die Kriterien geändert: ausschlaggebend ist danach nicht mehr die Gefährlichkeit einer Erkrankung, sondern nur die Geschwindigkeit, mit der sich ein Virus ausbreitet. Der Europarat will jetzt prüfen, welchen Einfluß die Pharmalobby auf die angestrebten Massenimpfungen genommen hat. Der Unterausschuß Gesundheit hat außerdem eine Dringlichkeitsdebatte hierzu beantragt. Der Vorsitzende des Unterausschusses Wolfgang Wodarg (SPD), bekräftigte seine Überzeugung, daß Pharmakonzerne gezielt Wissenschaftler und die WHO beeinflusst haben, damit diese vor einer Pandemie



warnten und der Industrie wiederum einen "Jackpot bescherten.

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Kopenhagen: Es ging nicht um CO₂, sondern um Macht und Profit

Die Kopenhagener Klimakonferenz ist gescheitert. Das war eigentlich von vornherein klar, denn wenn bei solchen Massenveranstaltungen das Ergebnis nicht schon in den Vorgesprächen weitgehend geklärt wird, kommt fast nie mehr als eine unverbindliche Entschliessung heraus. Um den CO₂-Ausstoß ging es bei dieser Veranstaltung nur nach außen hin. In Wirklichkeit ging es darum, wie in Zukunft die Wirtschaftsmacht verteilt sein soll. Die Industrieländer wollen ihr System und ihre Produktionsweise, die Ressourcen verschwendet und die Umwelt vernichtet, so wenig wie möglich ändern. Die Entwicklungs- und Schwellenländer dagegen sollen an ihrer Weiterentwicklung soweit wie möglich gehindert werden. Daß das Recht, Energie und Ressourcen zu verbrauchen,

auf alle Menschen der Erde gleichmäßig verteilt werden könnte, ist bei den herrschenden Machtverhältnissen eine Illusion. Wirksame Veränderungen



gen wird es nur geben, wenn sie von den Bevölkerungen der jeweiligen Ländern durchgesetzt werden. Lächerlich ist der Anspruch Deutschlands, so etwas wie ein Vorreiter in der Klimapolitik zu sein. Die einzige messbare Reduzierung des CO₂-Ausstoßes seit 1990 beruht auf der Ausschaltung der DDR-Industrie. Im Land

mit den schnellsten, schwersten und sprit-fressendsten Autos wurden alle anderen Einsparungen, zum Beispiel durch regenerative Energien und Gebäude-Isolierungen, an anderer Stelle wettgemacht.

Klima-Killer Nr. 1: Militär

Völlig unterbelichtet in der Diskussion ist die riesige Energie- und Ressourcenverschwendung, und damit der Ausstoß klimaschädlicher Gase, durch das Militär. Bei Rüstung und Militäraktionen erwähnt niemand die Klimabilanz. Wenn hier mal nachgerechnet würde, kämen sicher erstaunliche Ergebnisse heraus. Weltweite Abrüstung und konsequente Friedenspolitik wären ein bedeutender Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Ganz zu schweigen davon, welche wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten frei würden, wenn alle die, die jetzt für die Rüstung arbeiten, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten für zukunftsichernde Arbeiten einsetzen könnten. Gernot Linhart

Liebe Leserinnen und Leser, wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2010 - und um Spenden.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ 51350025, Sparkasse Gießen
Jeder Euro ist willkommen

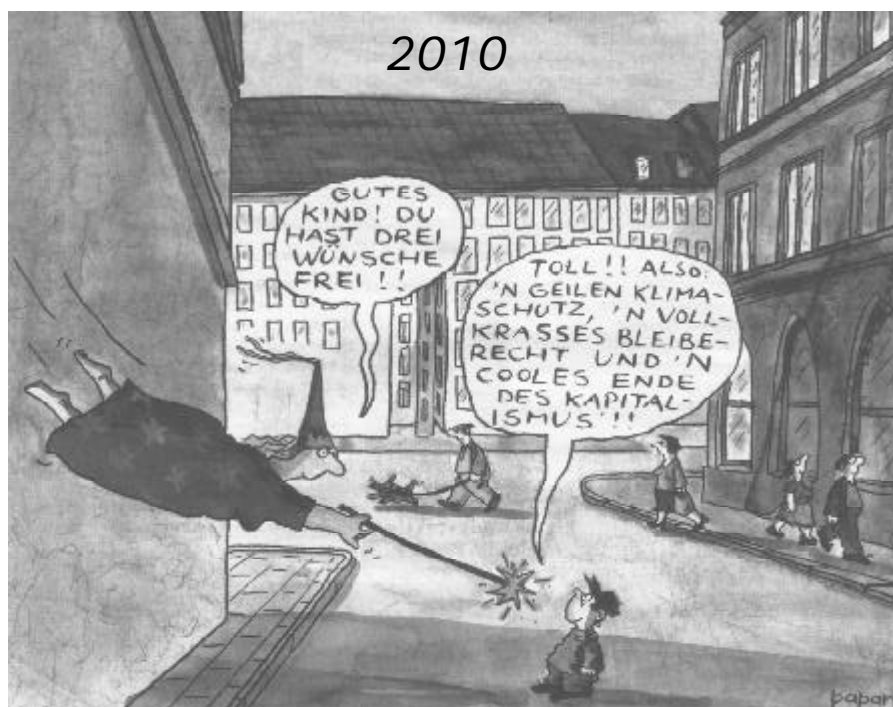
Aufregung um KZ-Karikatur mit Kanzlerkandidat



Streit um Gießener Echo im Museum

Dank des Gießener Echos hat es ein Artikel der Gießener Allgemeinen zum Ausstellungsstück im Museum gebracht. In der Ausstellung „30 Jahre Titanic“ im Frankfurter Karikaturen-Museum hängt er neben dem Original der Karikatur „Steinmeier schafft 4 Millionen Arbeitsplätze“. Sie wurde im Echo (s. GENr. 9/2009 + 10/2009) im Rahmen eines Artikels von Michael Beltz übernommen. Gießener Kommunalpolitiker und die Gießener Allgemeine verstanden keinen Spaß und starteten wieder einmal eine Hetz-Kampagne. Im Museum wird diese Lokalposse, die Michael übrigens nicht geschadet hat, jetzt Tausenden Besuchern bekannt. Die Ausstellung ist noch bis zum 31.1.10 in der Frankfurter Caricatura zu sehen.

G.L.



Sozialberatung Nordstadt

Nix Neues, weiterhin ist festzustellen, daß die dringend benötigte Sozialberatung im Nordstadtzentrum nicht stattfindet. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Gelder für die Fortführung des Nordstadt-Zentrums genehmigt sind. Das ganze Nordstadtzentrum schläft immer mehr Dornröschenschlaf, lediglich die Dornenhecke ist noch nicht darum gewachsen. Seit über einem Jahr gibt es keine Personalausstattung. Lediglich geringfügig beschäftigt war ein paar Wochen ein Sozialarbeiter zu sehen, und ebenfalls geringfügig beschäftigt (400-Euro-Job) hat eine Mitarbeiterin u.a. Raumvergabe und Verwaltung erledigt, aber auch sie wurde nicht weiterbeschäftigt. Die DKP Gießen fordert endlich die längst überfällige Wiedereinführung bzw. den Wiederaufbau der Sozialberatung im Nordstadtzentrum, und zwar in dem benötigten Umfang und nicht auf Stundenbasis abgewickelt. Die finanziellen Probleme der Bevölkerung der Nordstadt müssen endlich wieder ernst genommen werden. Die DKP Gießen bleibt am Thema dran und in der Nordstadt präsent. K.S

Absolute Transparenz...

Das versprach OB Grabe-Bolz in ihrer Rede im Stadtparlament. Zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts will sie eine interfraktionale Arbeitsgruppe einrichten. Sie trifft sich **...in nicht-öffentlichen Sitzungen.**



Mieter: Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt!

Die Mieterinitiative gegen die Erhöhung der Mieten des Bauvereins Darmstadt um 20% hatte vollen Erfolg – bisher.

Die Erhöhung wurde zurückgenommen und zwar nicht nur für die 70, die sich gewehrt, die Einspruch erhoben, Unterschriften gesammelt haben und an die Öffentlichkeit gegangen sind, sondern für alle 350 Mieter.

Allerdings ist eine neue (glimpflichere?) Mieterhöhung bereits angekündigt – zu den notwendigen Reparaturen indes schweigt der Bauverein.

Aber auch eine weniger drastische Mieterhöhung werden Hartz-IV-Empfänger, und das sind nicht wenige Mieter, selbst bezahlen müssen. Denn bei derzeit 5,40 Euro pro qm liegt die Miete bereits jetzt über der festgelegten Obergrenze, die die GIAG bereit ist, zu zahlen. E.B.

(Fortsetzung von Seite 1)

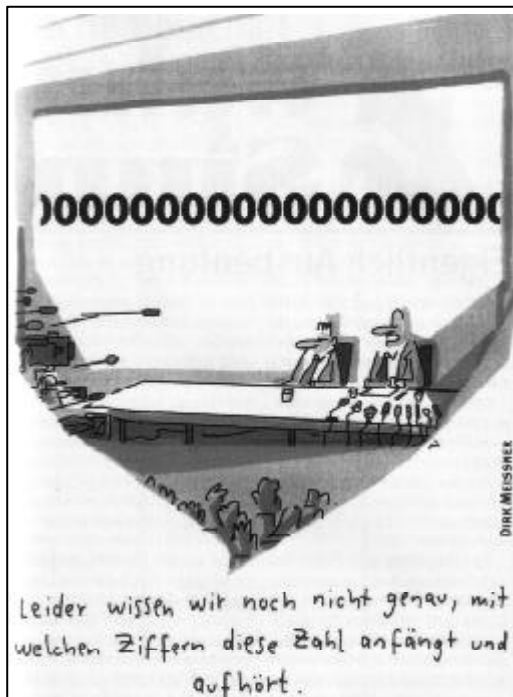
Kostendeckend...

2010 1700 Euro und ab 2013 über 2700 kosten. Begründet wurde die Erhöhung der Friedhofsgebühren mit einer seit Jahren bestehenden „Unterdeckung“ und der Vorschrift „kostendeckende Gebühren“ zu erheben. Dieses Prinzip wurde jedoch willkürlich beschlossen und kann auch wieder korrigiert werden! (Schließlich zahlen wir für solche Leistungen Steuern.) Und die „Unterdeckung“ wäre längst nicht so hoch, wenn der Anteil, den die Stadt an den Friedhofskosten trägt, von derzeit 13 auf 20 oder 30% erhöht würde, wie es in anderen Städten der Fall ist. Denn die parkähnlichen Anlagen dienen schließlich auch der Allgemeinheit.

Verschuldung ist programmiert

Die Kommunen müssen etwa 2/3 aller öffentlichen Investitionen tätigen, bekommen aber nur circa 15% des Gesamtsteueraufkom-

mens. Heute geht bereits im Durchschnitt jeder vierte oder sogar jeder dritte Euro, der eingenommen wird, an die Banken. Die DKP fordert daher



auch einen Stopp der Zinszahlung an die Banken sowie ausreichende finanzielle Mittel für die Städte und Gemeinden, wie es auch die Hessischen Verfassung verlangt.

Aber auch hausgemacht

Natürlich gibt es auch hausgemachte Ursachen für leere Kommunalkassen: z.B. das neue Kulturrathaus für 70 Millionen Euro, das in diesem Jahr eingeweiht wurde, z.B. die für 2014 geplante Landesgartenschau, die nach bisheriger Kalkulation die Stadt 20 Millionen Euro kosten soll – vorausgesetzt die angenommene Besucherzahl wird erreicht, trotz Wirtschaftskrise und sinkender Einkommen. Die DKP fordert daher, die Landesgartenschau abzusa-gen; Michael Beltz, Stadtverordneter in der Fraktion die Linke, hat einen entsprechenden Antrag gestellt, der jedoch abgelehnt wurde. Aber inzwischen bekommen auch Stadtverordnete anderer Parteien „kalte Füße“... Erika Beltz

Überprüfungsanträge zu Hartz IV jetzt stellen!

Erwerbslosen Forum Deutschland empfiehlt zu klagen.

Wegen des beim Bundesverfassungsgericht (BverfG) anhängigen Normenkontrollverfahrens zur Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Regelleistungen nach § 20 SGB II stellen Hartz-IV-Empfänger vermehrt Anträge zur Überprüfung dieser Leistungen. Daraufhin hat die Bundesagentur für Arbeit allen Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften (also auch der GIAG) Weisung erteilt, die Anträge als unbegründet zurück zuweisen. Dies ist eine offensichtlich rechtswidrige Anordnung, mit der eventuelle Nachzahlungen vermieden werden sollen. Das Bundessozialgericht hat in seinem Urteil vom 8. Februar 2007 (B7a AL 2/06 R) klar festgestellt, dass nur dann Ansprüche geltend gemacht werden können, wenn vor einer höchstrichterlichen Entscheidung Anträge auf Überprüfung oder Widersprüche gestellt wurden und man

gleichzeitig die Ruhestellung des Verfahrens beantragt hat. Das Erwerbslosen

zureichen. Noch besser ist es, sich nach Ablehnung des Widerspruchs unverzüglich einen Beratungsschein zu hohlen und einen Anwalt zu nehmen. „Wir fordern die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit auf, ihre Entscheidung umgehend rückgängig zu machen... Auch wenn nicht unbedingt damit zu rechnen ist, daß das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung für die Nachzahlung von Leistungen für die Vergangenheit trifft, gibt es durchaus gute Gründe, daß dies so sein könnte. Wir weisen nochmal darauf hin, daß der Präsident des BverfG, Prof. Papier, am 20.10.2009 ausdrücklich erklärt hatte, daß entgegen anderslautender Medienberichte auch die Regelleistung für Erwachsene, nicht nur die für Kinder, Gegenstand des Verfahrens ist“. (Auseiner Pressemitteilung des Forums)



Forum Deutschland empfiehlt bei Zurückweisung der Widersprüche unbedingt, innerhalb von vier Wochen eine Klage beim zuständigen Sozialgericht ein-



Nachtflugverbot: wieder hat Koch gelogen

„Einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens wird es nur bei einem Nachtflugverbot geben“ – Das haben hessische Politiker, vor allem die Chefs der jetzigen Regierungsparteien Koch (CDU) und Hahn (FDP) bei jeder passenden Gelegenheit von sich gegeben. Als es dann aber konkret wurde, war davon keine Rede mehr. Die Fluggesellschaften hätten nun mal ein Recht auf notwendige Nachtflüge, war die Ausrede. Der Hessische Verwaltungsgeschichtshof hat dieses Vorhaben allerdings gekippt. Die Baugenehmigung selbst wurde durchgewunken, nicht allerdings das Vorhaben, die ganze Nacht über An- und Abflüge zu gestatten. Nach dem gültigen Landesentwicklungsplan ist das nicht zulässig. Statt sich mit diesem Urteil, das den Interessen der An-



wohner entspricht, zufrieden zu geben, legt die Landesregierung Revision dagegen ein. Vom Bundesverwaltungsgericht erhofft sie sich die Genehmigung von Nachtflügen. Die Nachtruhe der Anwohner ist der Landesregierung egal, die Profitinteressen der Fluggesellschaften und des Betreibers gehen über alles. Wegen eines Wortbruches bei einer läppischen Koalitionsaussage haben die Massenmedien eine monatelange Hetzkampagne gegen A. Ypsilanti durchgezogen. Dieser Wortbruch, der mehr als einer Million Menschen auf Dauer die Nachtruhe rauben wird, wird in den gleichen Medien kaum thematisiert. Ob sie damit durchkommen, wird von der Kampfbereitschaft und Konsequenz der Bevölkerung abhängen. Gernot Linhart

Mehr Geld für Kinder

Großes Tamtam macht die Bundesregierung und verspricht mehr Geld für Kinder. Das Kindergeld wird erhöht, der Steuerfreibetrag für Kinder wird erhöht und deshalb auch der Unterhalt, der von getrennt lebenden Unterhaltspflichtigen zu zahlen ist. Nur, daß gerade bei den Bedürftigsten diese Erhöhungen gar nicht ankommen, denn wer Hartz IV also ALG II von der GIAG bezieht, bekommt sowohl das Kindergeld, als auch den Unterhalt angerechnet, also links in die Hosentasche rein und rechts wieder raus. Tolle Sozialpolitik der Bundesregierung der feinen Leute. K.S.

Das Kartenhaus

Sicher sind sich die bürgerlichen Ökonomen nicht: Erleben wir gerade den beginnenden Aufschwung oder die nächste Blase? Bild-Zeitung im August 2009: „Krise! Endlichein bisschen Hoffnung“; Frankfurter Allgemeine des gleichen Monats: „Wende? Welche Wende? Vom Aufschwung ist nichts zu sehen.“ Der Gießener Anzeiger titelt zur gleichen Zeit ganz ohne Fragezeichen: „Rezession schon zu Ende.“ In der gleichen Zeitungsausgabe finden wir dann die Antwort des Direktors des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Gustav Adolf Horn, auf die Frage, ob die Krise schon zu Ende sei: „Nein.“ Zugleich fordert Horn ein drittes Konjunkturpaket von 50 Milliarden. Und so könnte man das fortsetzen. Für Vertreter dieses Systems ist der Kapitalismus naturgegeben und ewig, und sie wollen und können sich nicht anders verhalten als eben Kapitalisten. Bekanntlich lässt die Katze nicht ab von der Jagd nach Mäusen, und ebenso wenig der Kapitalist von der Jagd nach Profit. „Rückkehr der Gier“ titelt der „Spiegel“, als sei diese jemals auf Urlaub gewesen. Aber dann hofft er 2009, dass die Krise vorüber sei: „War's das?“ Gleichzeitig droht laut FAZ ein „Horrorzenario“, nämlich der „Staatskollaps“ Großbritanniens, der

drittgrößten europäischen Volkswirtschaft: „Gewiss ein Horrorzenario, aber ein Szenario, das realer ist als ein böser Traum.“ Und so taumeln unsere Ökonomen zwischen Furcht und Hoffnung hin und her, weil sie nicht das Grundsätzliche der chronischen Krise erkennen.

Chronisch ist im alterskranken Kapitalismus die Arbeitslosigkeit, was man untrüglich daran erkennt, dass sie auch in boomender Konjunktur grundsätzlich weiter besteht. Chronisch ist der Überfluss an weltweit vagabundierendem Kapital, arbeitslos, weil es keine profitable Anlage in der Produktion findet und in das Abenteuer der Spekulation flüchtet. Chronisch ist die Unterauslastung der industriellen Kapazitäten, weil die Absatzmärkte für ihre Produkte fehlen. Chronisch ist die Inflation (die man wegdekretiert, zwei Prozent Inflation seien null), chronisch die Landwirtschaftskrise, die Währungskrise, die ökologische Krise... Hier brechen wir ab.

Die chronische Dauerkrise wird mit kurzfristigen Mitteln bekämpft, welche die Krankheit in die Zukunft verschieben und verschlimmern. So wird die Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit verschleiert, da werden Löhne gekürzt, der Staat schießt Geld zu. Der „Spiegel“ zitiert ei-

Das ganze künstliche System gewalt-samer Ausdehnung des Reprodukti-onsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, dass nun etwa eine Bank, z. B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft.

Karl Marx: Das Kapital Bd. III, MEW 25, S. 507

nen Arbeiter: Kurzarbeit „verzögert das Sterben. Sie ist der Anfang vom Ende.“ Unternehmen wie Opel überleben vorläufig mit staatlichen Geldern, die Überkapazitäten der Automobilindustrie von weltweit ca. 30 Prozent werden nicht abgebaut. Die Banken werden vom bankrotten Staat so üppig mit Finanzspritzen gedopt, dass die Spekulation in die nächste gefährlichere Runde geht. Aber Kartenhäuser brechen zusammen, auch wenn es zunächst noch einmal gelingt, ihnen eine Etage aufzusetzen.

Welche Möglichkeiten gibt es in der Krise noch, wenn die Geldspritzen nicht greifen, wurde der gerade verstorbene Graf Lamsdorff gefragt: „Verantwortbare - keine.“ Der Kapitalismus war bisher stets bereit, auch unverantwortbare Mittel einzusetzen. In der Weltwirtschaftskrise nach 1929 Hochrüstung, Faschismus und Krieg. Klaus Mewes



Personalpolitik im Kreis Gießen

Wieso verläßt ein langjähriger Mitarbeiter und Amtsleiter die Kreisverwaltung? Kann es sein daß er Nachfolger des Leiters des Amtes für Jugend und Soziales werden sollte, der in Rente geht? Gleichzeitig sucht die CDU einen Posten für den abgewählten Bürgermeister von Fernwald, der die Direktwahl als Amtsinhaber klar verloren hat. Wer ist bereit, dagegen zu wetten, daß er neuer Amtsleiter im Kreis Gießen wird? Aber natürlich, den jetzigen CDU-Kreisbeigeordneten wollte nicht mal mehr die eigene Partei als Bürgermeister in Königstein. Dann sorgt die Partei für einen neuen Posten. Also darf Fernwalds Ex-Bürgermeister seine Bewerbung beim Kreis einreichen, die CDU wird's schon richten. Und der Amtsleiter darf gehen, Glückwunsch zu seinem Rückgrat, daß er das Spiel nicht länger mitspielt.

K.S.

Putsch in Honduras – Vorbild für Lateinamerika?

Am 28. Juni 2009 putschten in Honduras Militär und Oligarchie. Die Annäherung des liberalen Präsidenten Zelaya an das Staatenbündnis ALBA und die Proklamation eines „sozialistischen Liberalismus“ sowie die Auseinandersetzung über eine verfassungsgebende Versammlung führten zum Bruch mit den herrschenden Eliten; Zelaya musste ins Exil flüchten. Den wahren Grund nannte einer der Putschisten: „Wir haben verhindert, dass ... der Sozialismus sich weiter ausbreitet – bis in die USA hinein.“

Mit Großdemonstrationen, Straßenblockaden und Generalstreiks leistete die Bevölkerung friedlichen Widerstand, organisiert von der Nationalen Widerstandsfront gegen den Staatsstreich. Der Staat reagierte mit Repression: Verhängung von Ausgangssperren, Außerkraftsetzen von Bürgerrechten, Schließung kritischer Radio- und Fernsehsender, gewaltsame Übergriffe, Verschleppungen, willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigungen und etliche politische Morde. Die anfangs starke Berichterstattung in den westlichen Medien ebnete schnell ab und es wurde darauf verzichtet den Putsch beim Namen zu nennen. Stattdessen wurde dem Putschpräsidenten durch die Bezeichnung als „Interimspräsident“ ein legaler Anstrich gegeben und von zwei Konfliktparteien in einer „Staatskrise“ gesprochen.

Trotz der Ablehnung durch die Weltge-

meinschaft fehlte es am nötigen Druck, da die in den Putsch verwickelte US-Administration im Rahmen von Obamas Smart-Power-Strategie nur halbherzig reagierte.

Nachdem Zelaya nach Honduras zurückkehren konnte, kam es zu einem Abkommen. Er hält sich seitdem in der brasilianischen Botschaft auf und kann diese nicht verlassen, da diese dauerhaft von Polizei und Militär belagert wird. Teilweise kam es zum Beschuss mit Tränengas, Strom und Wasser wurden abgeschaltet. An das Abkommen hielten sich die Putschisten auch nicht, sie wollten sich damit nur in die anstehenden Wahlen retten, die die neue Regierung legitimieren sollten. - Diese fanden Ende November unter Leitung der Putschisten statt. Die Widerstandsfront rief zum Boykott auf. Entgegen der Behauptung der Putsch-

sten lag die Wahlbeteiligung bei höchstens 30%. Es herrschte ein Klima der Einschüchterung: Unabhängige Berichterstattung war unmöglich, Demonstrationen wurden niedergeschlagen, Menschen, die zum Boykott aufriefen, wurden Strafen angedroht oder die Staatsbürgerschaft entzogen. Viele Regierungen kündigten an, die undemokratische Wahl nicht anzuerkennen. Die USA aber werden das tun und so den Putsch legitimieren. EU und BRD denken über die Anerkennung nach.

Die Legitimierung des Putsches über eine Wahl-Farce wäre das Paradebeispiel für den Putsch des 21. Jahrhunderts. In Ländern wie El Salvador, Paraguay und Ecuador stehen schon mächtige Gruppen bereit. - Dieser Artikel von Kai Dietzel ist gekürzt; den vollständigen Text findet man unter www.lateinamerika21.de.vu



Weltweit: Immer mehr Menschen lehnen Kapitalismus ab

Das ist das Ergebnis einer britischen Studie, die im Auftrag der BBC in 27 Ländern durchgeführt wurde.

Gerade einmal 11% der Befragten waren laut BBC der Ansicht, dass der Kapitalismus in seiner derzeitigen Form gut funktioniert. 23% halten ihn laut Studie für sehr problematisch - in Frankreich kamen sogar 43% der Befragten zu diesem Urteil, in Mexiko 38% und in Brasilien 35%. Selbst im Mutterland der „freien Marktwirtschaft“, den USA, waren gerade einmal 25% der Befragten mit dem kapitalistischen System zufrieden.

Mehr als die Hälfte der Menschen ist zwischenzeitlich davon überzeugt, dass die Märkte strenger reguliert werden müssen. Und fast ein Viertel

(23%) meinen, dass das kapitalistische System ganz abgeschafft werden sollte.

„Es scheint, dass der Fall der Berliner Mauer nicht der überwältigende Sieg für die freie Marktwirtschaft gewesen

ist, für den er damals gehalten wurde“, sagte Doug Miller, Chef des Umfrageinstituts GlobeScan, das gemeinsam mit der Universität von Maryland im Auftrag der BBC rund 29.000 Menschen befragte. Steven Kull von der Universität von Maryland stellte sogar fest: „Einige Elemente des Sozialismus, etwa die gleiche Verteilung des Wohlstands durch die Regierung, sprechen viele Leute auf der Welt weiter an.“

In 15 der 27 untersuchten Länder spricht sich laut der Umfrage eine Mehrheit für eine stärkere direkte Kontrolle von Unternehmen durch den Staat aus. Mehrheiten in 22 Ländern wollen demnach, dass die Regierungen den Wohlstand gleichmäßiger verteilen.

*Sie haben Geld und Kanonen,
Die Gummiknüppel zählen wir nicht.
Polizisten und Soldaten.
Ja, wozu denn?
(Haben sie denn so mächtige Feinde?)
Sie glauben, da muß doch ein Halt sein,
Der sie, die Stürzenden stützt.
Eines Tages, und das wird bald sein,
Werden sie sehen, daß ihnen alles nichts nützt.
Und dann können sie noch
so laut Halt schrei'n,
Weil sie weder Geld noch Kanonen mehr schützt.*

Bert Brecht

Leserbriefe

Obamas Lob des Krieges

Präsident Obama lügt sich seinen Friedensnobelpreis und zu diesem Zweck die Geschichte und die heutige Welt mit eigenen Wahrheiten zurecht: Krieg sei unvermeidbar. Dabei bemüht er demagogisch das Beispiel Hitler, der mit Verhandlungen auch nicht besiegtbar gewesen wäre und erntet den Beifall der dummen und wissenden Anwesenden sowie der westlichen Medienwelt. Hätte Obama gesagt, solange Kapitalismus existiert, ist Krieg nicht vermeidbar, wäre er auf den Kern gekommen. Da er aber das kapitalistische System selbst bedient(e), insbesondere die Profiteure und dafür Krieg führt, kann er statt Kriege zu verhindern, solche nur befördern. Kriege sind im grenzenlosen Profitstreben der Wirtschafts- und damit der Politikmächtigen begründet!

Uwe Bossart

Klerikal-faschistisches Polen

Nun ist das Tragen von kommunistischen Symbolen auch in Polen verboten. Es wird mit Geld- und Haftstrafen gedroht. Jeder Demokrat aller Schattierungen müsste sich empören. Die Ablösung des angeblich kommunistischen Regimes hat nicht zu mehr Demokratie geführt, sondern ist auf dem Weg zu einer klerikal-faschistischen Regime, um Arbeitslosigkeit, Armut, Niedrig- bzw. Dumpinglöhne repressiv abzusichern.

Falk Moldenhauer

Revolutionäre Bibel?

Aus jeder religiösen Schrift, egal, ob es die Bibel oder der Koran ist, kann man Negatives oder Positives ziehen bzw. interpretieren. Die ist abhängig von den jeweiligen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen. So lässt Lukas im Kapitel 1 eine Jungfrau sprechen: „Er (gemeint ist Gott) stößt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen. Hungrige erfüllt er mit Gütern und lässt Reiche leer ausgehen.“ Wirklich revolutionär die Bibel - gell?

Uwe Moldenhauer

Pflegeheime: schlechte Noten

Mir fehlt jegliches Verständnis, wenn in den bürgerlichen Medien suggeriert wird, dass es um unsere Alten- und Pflegeheime gut bestellt sei. Man kann auch nach dem Ergebnis der Studie des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen zu dem entgegengesetzten Schluss kommen, nämlich, dass dort erhebliche Mängel bestehen, denn 17% der geprüften Einrichtungen wiesen bei der pflegerischen und medizinischen Versorgung Defizite auf. Im Umgang mit Demenzerkrankten erhielten sogar 21% der Häuser schlechte Noten.

Kurt Venohr

zu Echo12/09: "Das letzte Hemd..."

Ich bin leider in die Lage gekommen, Grundsicherung im Alter beantragen zu müssen. Bisher zahlte ich auch Beiträge für eine Sterbegeldversicherung, womit ich meine Bestattung finanzieren wollte. Im Zuge des Antrags auf Grundsicherung mußte ich die Sterbegeldversicherung kündigen, da diese wie eine Lebensversicherung zu werten sei. Toll! E.H.



UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

„Originalton DKP - Woche für Woche“

Für konsequente Opposition gegen Militarisierung und Sozialabbau

DKP

Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZAbo@t-online.de www.unsere-zeit.de



KWi

Wolfgang Schorlau

Das Münchner Komplott

UNTERSUCHUNG FÜNFTER FALL

Krimi des Monats

Der neue Schorlau ist da!

Spannend! Super! "Das Münchner Komplott", mit Ermittlungen über das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest von 1980, dem schwersten Terroranschlag in der Geschichte der BRD. Kiepenheuer & Witsch, 8,95 Euro

Redaktionsschluß für das Februar-Echo: 28.01.10

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>



Verlängerung des Kriegseinsatzes in Afghanistan beschlossen

In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag dem Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Kriegseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan zugestimmt. Vor dem Hintergrund der geplanten Tötung im Einsatz um angeblich entführte Tanklastzüge bekommt diese Entscheidung eine noch größere Bedeutung, lehnen doch die Einwohner Deutschlands diesen Einsatz laut Umfragen mehrheitlich (71%) ab. Wir Kommunisten lehnen ihn nicht nur mehrheitlich sondern einheitlich ab. Nun zur Abstimmung im Bundestag:

Von den abgegebenen Stimmern waren 446 für die Verlängerung des Einsatzes, 105 dagegen und 43 enthielten sich.

Für die einzelnen Fraktionen bedeu-

tet dies: Die CDU/CSU : 229 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, die SPD: 121 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Die FDP: 88 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, keine Enthaltung, Die LINKE: Alle abgegebenen Stimmen NEIN, die Grünen: 8 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen.

So stimmten die mittelhessischer Bundestagsabgeordneten: Dr. **Helge Braun** (CDU, Gießen) JA, **Rüdiger Veit** (SPD; Gießen) JA, **Hermann Otto Solms** (FDP; Gießen) JA, **Tom Koenigs** (Grüne, Gießen) JA, **Sybille Pfeiffer** (CDU, Lahn/Dill) JA, **Priska**



Hinz (Grüne, Lahn-Dill) JA.

Wir Kommunisten bleiben dabei: Raus aus Afghanistan, Schluß mit dem präventiven Töten, Keine Verlängerung des ISAF Mandates unter Führung der NATO in Afghanistan. K.S.



Spendenaufruf

Im Februar wird Dr. Matin Baraki, vielen - auch in Gießen - bekannt durch seine Veröffentlichungen und Vorträge zu Afghanistan, wieder in seine Heimat reisen, um sich vor Ort zu informieren und um seine Angehörigen zu besuchen, die auf seine Hilfe angewiesen sind. Außerdem hat er die Patenschaft für zwei Schulkinder übernommen, die als Flüchtlinge in Pakistan leben (genauere Informationen werden gerne zugesandt). Dr. Matin Baraki bittet um Spenden (steuerlich absetzbar):

Fördergemeinschaft Friedensarbeit e.V.

Stichwort: „Afghanistan-Hilfe“,

Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Konto Nr. 101 60 66 99 7

BLZ: 533 500 00.

Afghanistan/Pakistan – Irak – Jemen

Am 4.12.09 forderte der US-Senat Präsident Obama auf, „alle geeigneten Maßnahmen einzusetzen“, um der angeblich von Jemen ausgehende „Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA“ zu begegnen.

Am 17.12.09 schossen (lt. einem Bericht des Senders ABC) US-Streitkräfte zwei Cruise Missiles auf Ziele im Jemen ab. Die New York Times bezeichnete den Jemen als „dritte weitgehend verdeckte Front“ der USA neben Irak und Afghanistan.



Am 25.12.09 erfolgte das mysteriöse, vereitelte Bombenattentat im Flugzeug nach Detroit – trotz schärfster Antiterrorgesetzen und Sicherheitsvorkehrungen. Die Liste der „Pannen“, vom Unterlassen üblicher Kontrollen bis zur Mißachtung von Hinweisen, ist lang.

Friedensnobelpreisträger Obama übernimmt die Verantwortung („am Ende landet der Schwarze Peter bei mir“) und verkündet sein Maßnahmenpaket: Entsendung von US-Truppen in den Jemen „zur Unterstützung im Kampf gegen Al-Qaida“ und noch stärkere Kontrollen. dpa am 9.1.: „Dabei will der Präsident eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ausland insbesondere bei der Verbesserung der Kontrollmaßnahmen an den Flughäfen erreichen, so etwa beim Screening, dem Durchleuchten an den Sicherheitssperren.“ - Und schon sollen die umstrittenen und gesundheitsgefährdenden „Körperscanner“ („Nacktschanner“) auch bei uns eingeführt werden... E.B.

50+1 Jahre Kubanische Revolution

Donnerstag, 21.01., 20 Uhr, im Café Amelie (DGB-Haus)

Referent: Enrique Ubieta Gómez

Chefredakteur der Kultur- und Politikzeitung Calle del Medio

Eine Veranstaltung von: Lateinamerika 21, Café Amélie, Grupo Latino Gießen e.V., Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, VVN-BdA, Rote Hilfe, attac, DGB-Jugend, GEW-LASS, ver.di-Jugend, Fachschaft Gesellschaftswissenschaften an der Uni Gießen, AStA Marburg und Ausländerbeirat der Stadt Gießen. Weitere Infos: www.lateinamerika21.de.vu

Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
**Protest gegen
Hartz IV**